Pressemitteilung

Im Landtag von
Baden-Württemberg

Die Grünen Bündnis 90

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-678/687/683
Fax: 0711-2063-660
wolfgang.schmitt@gruene.landtag-bw.de
http://gruene.landtag-bw.de

Stuttgart, den 18.5.2005

158/05

Schwarzer Rauch aus dem RP

Grüne: Regierungspräsidium Stuttgart bremst bei Luftreinhaltung

---

Das Regierungspräsidium Stuttgart lehnt offenbar verkehrsbeschränkende Maßnahmen zur Luftreinhaltung weitgehend ab. Im ersten Entwurf eines Luftreinhalteplans für eine baden-württembergische Gemeinde sind nach Mitteilung des Bürgermeisters der betroffenen Kommune Ralf Trettner in Pleidelsheim Verkehrsbeschränkungen nicht enthalten.

Der umwelt- und verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag kritisierte das Vorgehen des Regierungspräsidiums scharf: „Erst hat das Regierungspräsidium die Aufstellung von Luftreinhalteplänen jahrelang verpennt, jetzt präsentiert es einen zahnlosen Papiertiger. Das ist nicht hinnehmbar."

Nach Presseberichten hat es das Regierungspräsidium im Fall von Pleidelsheim abgelehnt, mit Pförtnerampeln, Durchfahrtsverboten für LKW oder PKW ohne Rußfilter auf die erhöhten Feinstaubwerte zu reagieren. Die Begründungen sind genereller Natur. Die Überwachung sei zu schwierig, eine Verlagerung des Verkehrs bringe nichts und es entstünden Staus. Für Palmer ist die Stellungnahme des Regierungspräsidium ein Offenbarungseid: „Im Regierungspräsidium ist offenbar die Freie Fahrt für alte Stinker wichtiger als das Recht der

Menschen auf gesunde Atemluft. Ohne Maßnahmen im Verkehrs sind die Ziele der Luftreinhaltung nicht zu erreichen.“

Palmer befürchtet, dass mit dem Entwurf für Pleidelsheim die Richtung für alle Luftreinhaltepläne im Land vorgezeichnet ist: „Die Verkehrsplaner im Regierungspräsidium wollen das Feinstaubproblem offensichtlich aussitzen. Ich fordere Umweltministerin Gönner und Verkehrsminister Rech auf, das Regierungspräsidium zur Umsetzung der EU-Luftreinhaltegesetzgebung anzuhalten. Wenn das nicht geschieht, sind Strafzahlungen wegen Untätigkeit zu erwarten.“